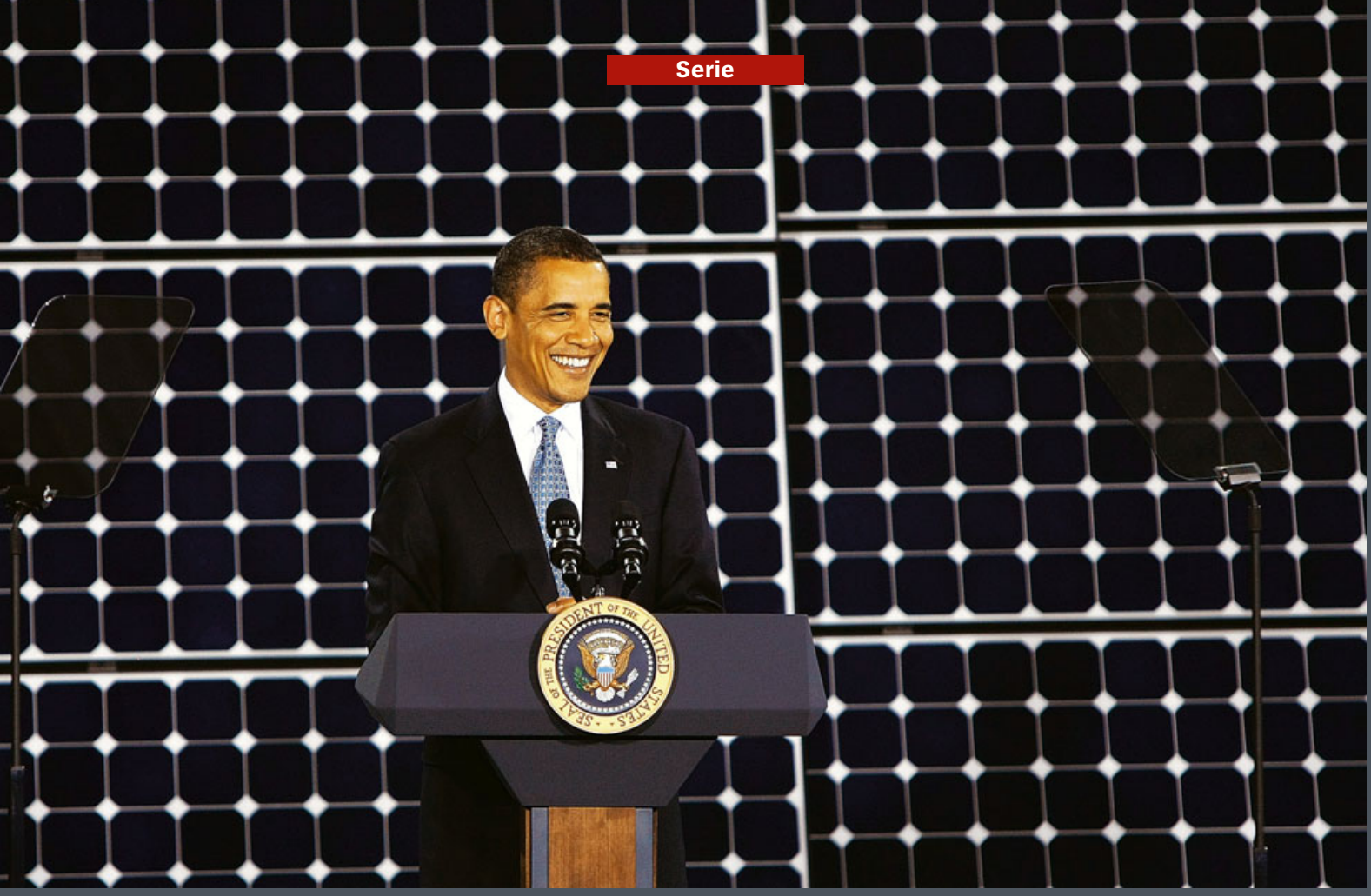


Präsident Obama vor einer Solaranlage der Nellis Air Force Base in Nevada

WELT KLIMA WANDEL

SERIENTEIL (3): Auf der Klimakonferenz in Kopenhagen suchen 190 Staaten nach Strategien, mit denen sie die globale Erwärmung begrenzen können. Nach Wochen des Zögerns hat Friedensnobelpreisträger Obama sein Erscheinen und erstmals konkrete Vorschläge angekündigt; ob er sie durchsetzen kann, weiß er selbst nicht. Der dritte Teil der Serie beschreibt ein gespaltenes Amerika: Die eine Hälfte hält Umweltpolitik für Sozialismus, die andere will die Welt retten.

Das grüne Revolutiönchen

Noch nie hat eine US-Regierung so ernsthaft vor dem Klimawandel gewarnt wie Barack Obama und seine Minister. Doch reden sie nur, oder handeln sie auch? Sind die USA noch stark genug, um sich schnell genug zu verändern? *Von Klaus Brinkbäumer*

Gegenden existieren in diesem Land, die nichts Widersprüchliches haben, nichts von diesem amerikanischen Hass, der Aggressivität, nicht einmal Zweifel.

In Las Vegas bauen sie Wasserfälle und für breite Autos breite Straßen, da Verschwendung Sinn und Wesen dieser Stadt ist. Öl und Wasser kamen schließlich immer von irgendwoher, so denkt der Bewohner von Las Vegas, ganz im Reinen mit sich und dem Überfluss; und darum vertreten auch die Senatoren und Lobbyisten von Nevada im fernen Washington, worum es ihren Wählern daheim geht: Wachstum, Arbeit, Fortschritt – und keine Steuern, keine Regeln. Warum sollten Flüsse in der Wüste auch je versiegen?

Berkeley ist auch so eine Stadt, die ganz bei sich ist, kein Zwist nirgends, die Bewohner Berkeleys glauben allerdings etwas anderes als jene von Las Vegas.

Sie glauben, dass sie die Welt retten müssen. Sie fahren Fahrrad, obwohl sie Amerikaner sind. Sie trennen Plastik von Papier, die Hippies von Berkeley waren die ersten Amerikaner, die ihren Müll sortierten. Obwohl sie Amerikaner sind, isolieren die Menschen von Berkeley ihre Fenster, sie bauen Sonnenkollektoren auf die Dächer, überlegen, wie sie den Wind der Bucht von San Francisco nutzen können. Und weil sie Amerikaner sind, denken



Vergnügungsmetropole Las Vegas

sie bei Amy Kiser darüber nach, wie sie Land und Welt missionieren können.

Amy Kiser, Programmdirektorin des Ecology Center, einer Art Volkshochschule fürs Klimazeitalter, ist in Wyoming, einem Kohlestaat, aufgewachsen; sie kann schon ihre Eltern nicht vom Klimawandel überzeugen, sie weiß ganz gut, worin das amerikanische Problem besteht.

Amerika hat den Dialog verlernt.

Es gibt zwei Amerikas, die nicht miteinander reden. Die beiden Amerikas verachten sich, verspotten sich, dort Las Vegas, hier Berkeley.

„Wir waren immer schon ein wucherndes, ein widersprüchliches Land, aber heute ist ein Thema wie der Klimawandel so etwas wie Sport“, sagt Amy Kiser, „die eine Mannschaft ist für Klimaschutz, die andere Mannschaft für die Industrie – und die Fans feuern eine Mannschaft an und hassen die andere.“ Das bedeutet, dass die einen sagen, die Erde werde heißer, und schon prinzipiell sind die anderen anderer Meinung. Das geht in den USA bei allen großen Themen so: Die eine Mannschaft will Gesundheitsreform und Klimagesetz durchsetzen, darum erklärt die andere beides für sozialistisch und einen Präsidenten, der beides will, zum neuen Hitler.

Es ist ein Land geworden, das sich mit diesem Selbsthass lähmt: Die Vereinigten Staaten sind eine Blogger- und Talk-Radio-Republik, ein Land des Geschreis und des ewigen Präsidentschaftswahlkampfs, in Teilen paranoid, verwöhnt, selbstgerecht. Sie neigen dazu, sich selbst in Ketten zu legen, weil die Legislative so kompliziert ist mit den zwei Kammern des Kongresses, in denen jedes Gesetz klare Mehrheiten benötigt, die es jedoch selten gibt. Die Spaltung Amerikas führte im vergangenen Jahrzehnt zur amerikanischen Trägheit und führt zunehmend zur amerikanischen Handlungsunfähigkeit.

Die Frage ist, wie sich das ändern lässt. Setzt man voraus, dass diesmal eine Mannschaft tatsächlich recht hat, weil nicht nur die Existenz des Klimawandels zweifelsfrei nachgewiesen ist, sondern auch die Tatsache, dass die USA ihn so sehr verursacht haben wie kein anderes Land: Wie lässt sich die amerikanische Politik, wie lassen sich Denken und Handeln dieser Gesellschaft verändern? Und wie schnell?

Alle, die in diesem Land über das Klima nachdenken, kennen die Zahlen: Jeder Nordamerikaner verursacht pro Jahr über 19 Tonnen Kohlendioxid-Emissionen, mehr als doppelt so viel wie jeder Europäer, viermal so viel wie jeder Chinese. Will die Gemeinschaft aller Bewohner des Planeten die Erderwärmung auf zwei Grad bis zum Jahr 2050 begrenzen, dann „muss Amerika vorangehen“, sagt Präsident Barack Obama; „wenn wir nichts tun, werden die Anstrengungen des Rests der Welt niemals ausreichen“, sagt Klimapolitiker Al Gore.

In Nordkalifornien verehren sie Gore, und sie leben, wie Gore es lehrt. Hier wirken eine Menge Leute wie Dan Flanagan, der an der Wall Street reich wurde und nun in San Francisco die „Friends of the Urban Forest“ leitet; ein schneller, schlauer Kerl in Turnschuhen, Levi's-Jeans und grünem Hemd, dessen Trupp von 10 Angestellten und 8500 Mitgliedern mit 1,4 Millionen Dollar Budget in San Francisco bereits 43 000 Bäume gepflanzt hat. „Es ist eine veränderte Stadt“, sagt Flanagan.

Und Amy Kiser und ihr Team bieten in Berkeley Kurse an, sie bauen Modellhäuser mit Anlagen zur Grauwasseraufbereitung, sie haben die „Farmer's Markets“ gegründet, wo dreimal pro Woche die Bauern der Gegend ihre Waren verkaufen. „Wir haben keine Wahl“, sagt Amy Kiser, „wir können nicht warten, bis sich Ideen vom Weißen Haus nach unten durchsetzen. Wir müssen lokal visionär sein und erreichen, dass das Visionäre zum Mainstream wird.“

Doch wie? Flanagan und Kiser wissen, dass sie in ihren Städten mit Gleichgesinnten zu tun haben, so wie an den Küsten ja meist demokratisch gewählt wird – aber das Denken der Küstenbewohner hat nichts mit dem Denken der Bürger von Las Vegas oder Missouri zu tun, denn die USA sind beides zugleich: hier schnell und

ETHAN MILLER / GETTY IMAGES (L.); JOHNNY STOCKSHOOTER / AGE / FL ONLINE (R.)

fortschrittlich, dort konservativ, bisweilen reaktionär, ein Land der Forscher und Denker, ohne Fesseln, und doch eines der Bewahrer und Verhinderer.

Eine Reise durch Klima-Amerika kann von Politikern zu Wissenschaftlern zu Autoren führen, von Ost nach West, von Washington und New York durch Kohleregionen, Nationalparks, trockene Flussbetten nach Las Vegas, Los Angeles, Berkeley: Offen bleibt, ob die USA die Zerstörer der Welt sein werden oder ihr Retter; die Mannschaften stehen sich gegenüber, noch ist nicht ausgemacht, wer gewinnen wird.

Oder doch: Möglich, dass auch die zweite Hälfte des Landes erkennen wird, dass der Klimawandel echt ist und die Welt darauf wartet, dass die USA sich bewegen; möglich, dass die USA dann zu Gesetzen kommen, zu einer neuen Wirtschafts- und Klimapolitik, aber wird es früh genug sein? In diesen Tagen lässt sich einer dieser uramerikanischen Konflikte betrachten.

Thomas Donohue, grauer Anzug, schmaler Krawattenknoten, rechts gescheitelte Haare, ist einer jener etwas lauten, an keinem erkennbaren Selbstzweifel leidenden Herren, die vor Obama den Ton in Washington bestimmt haben. Amerika ist auserwählt, Amerika schuldet der Welt nichts, schon gar kein schlechtes Gewissen, so redet Thomas Donohue, Sohn irischer Einwanderer, geboren in Brooklyn.

Einmal, da war er noch Präsident der Vereinigung der Spediteure, wurden in einer Sitzung Beschwerden wegen des Privatflugzeugs des Chefs vorgebracht. „Wie viele Sitze hat mein Flugzeug?“, fragte Donohue einen Helfer.

„Nun ja, acht, Sir“, sagte der Helfer.

„Morgen bestellen wir einen Zwölfsitzer“, sagte Donohue.

Die Zeiten sind andere, aber nicht für Mister Donohue, der noch immer per Privatjet reist. Heute, mit 71 Jahren, ist Donohue der Vorsitzende der Amerikanischen Handelskammer, eines Verbunds von drei Millionen Firmen. Tom Donohue sagt zwar, er suche den Konflikt mit der Obama-Regierung nicht, er strebe nach gemeinschaftlichen Lösungen, aber er gibt knapp hundert Millionen Dollar pro Jahr für die Vertretung von Interessen aus. 18 festangestellte Lobbyisten wirken für die Handelskammer in der Hauptstadt, außerdem 188 Honorarkräfte, unterschätzen sollte dieses Netzwerk niemand. Es geht Donohues Armee um die Verhinderung eines Klimaschutzgesetzes.

„Weil sich unsere Wirtschaft ein Gesetz, das Arbeitsplätze vernichtet, nicht leisten kann“, sagt Tom Donohue.

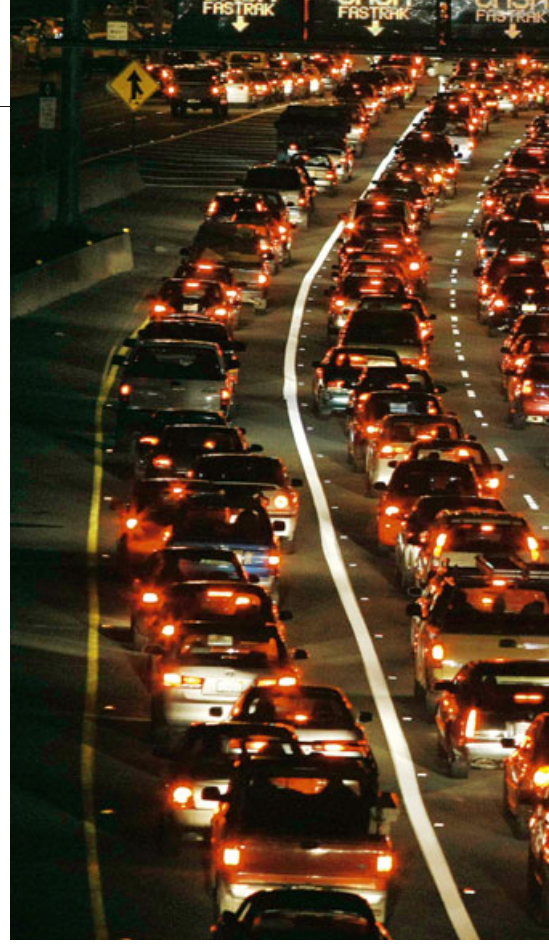
Die Wirtschaft ist sich da gar nicht so sicher. Apple, Levi Strauss und viele andere haben wegen der Klimapolitik des Alten dessen Verbund verlassen; die Kammer schade ihren Mitgliedern, schade Amerika, sagen die Abtrünnigen.

Die Wirtschaft sei viel, viel weiter als das politische Amerika, so sagt es Allen Hershkovitz. „Viele Reformen passieren genau jetzt“, sagt er, „denn der Markt muss ja nicht auf politische Regeln warten. Es war in Amerika ja immer so, dass der Markt die Richtung vorgab, welcher die Politik dann gesetzgebend folgte.“

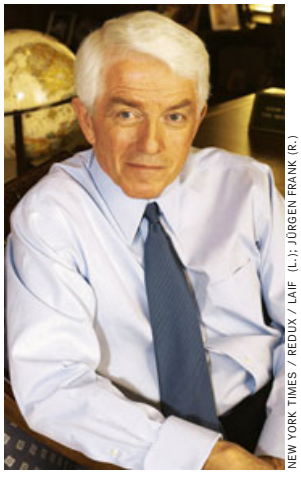
Allen Hershkovitz hat lockige, schwarze Haare, er sitzt zwischen Büchern, Zeitschriften, Fotos, Plakaten. Und hier in der 20. Straße in New York liegen Dinge, die eines Tages die Welt verändern sollen, eine CD beispielsweise, deren Herstellung 40 Prozent weniger CO_2-Emissionen mit sich bringt als die Produktion herkömmlicher CDs. „Wird sie sich durchsetzen?“, fragt Hershkovitz, „ich habe keine Ahnung. Aber die Dinge sind in Bewegung.“

Allen Hershkovitz ist Senior Scientist, eine Art erster Wissenschaftler des Natural Resources Defense Council, das ist die mächtigste Umweltorganisation der USA. Und Hershkovitz spürt Interesse, mehr noch: Begeisterung, er spürt, dass all die amerikanischen Menschen bei Disney und Sony und in der National Basketball Association spüren, dass Amerika handeln muss; sie fragen ihn ja, was sie tun können. Darum trennt nun die Major League Baseball ihren Müll, Unmengen an Müll zwar, das schon immer noch, aber sie trennt. Und 25 der 39 Broadway-Theater haben jetzt LED-Strahler aufgestellt, Sparbeleuchtung. Wal-Mart verkauft Solarzellen, Home Depot zog nach. Wenn die NBA demnächst Basketballarenen in China baut, werden es Energiesparhallen sein.

„A floodgate has opened“, sagt Hershkovitz, die Flutwelle rollt, und das stimmt, auf gewisse Weise: Bürgermeister reden über grüne Häuser und öffentlichen Nahverkehr, Autofahrer kaufen kleinere Autos, Zeitschriften färben die Titelseiten grün, New York baut Radwege, Kalifornien verpflichtet sich freiwillig, den CO_2-Ausstoß zu reduzieren.



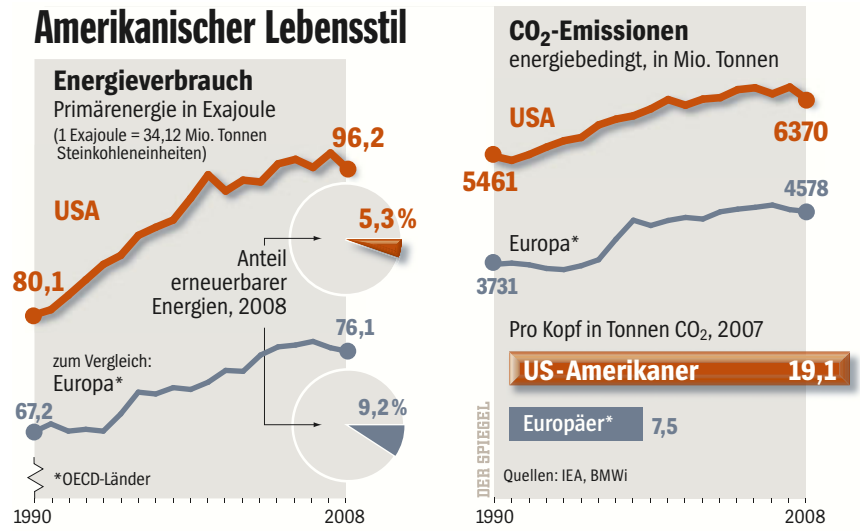
Abendlicher Berufsverkehr in Los Angeles: *Mit*





NEW YORK TIMES / REDUX / LAIF (L.); JÜRGEN FRANK (R.)

Gegner Donohue, Hershkovitz
„Reicht das Tempo, bewegen wir uns schnell genug?“





LACY ATKINS / SAN FRANCISCO CHRONICLE / POLARIS

kindlicher Freude entdeckt das Land, dass es ein bisschen sparsamer sein kann

Es hat etwas Naives.

Wer einmal in Los Angeles unterwegs war, in diesem zur Stadt gewordenen ewigen Stau, über dem weniger ein Himmel sich wölbt als eine viele Dutzend Kilometer weit reichende Smog-Glocke, glaubt nicht mehr, dass dieses Land sich verwandeln kann. Wer von Los Angeles nach Nordwesten reist, Richtung Santa Barbara, muss die Waldbrände umfahren. Wer nach Osten steuert, sieht Flüsse wie den Rio Grande, längst nur noch ein Rinnsal; den Colorado erkennt man kaum mehr.

Es gibt riesige Lastwagen in Amerika. Dieses Land stellt 100 Milliarden Plastiktüten pro Jahr her, sie werden doppelt, dreifach übereinandergezogen für zwei Bananen und ein Päckchen Butter, niemand stellt es in Frage. Es gibt Fenster, die nicht schließen, Millionen Klimaanlagen, die ständig laufen, absurd brüchige Leitungen für Wasser, Strom, Gas. Das alles lässt die USA von 2009 wie ein Land wirken, das mit kindlicher Freude entdeckt, dass es ein bisschen sparsamer sein kann. Und so stolz darauf ist. Und nicht bemerkt, dass es ein bisschen spät geworden ist für amerikanische Schrittchen.

Klar, die Imagekampagnen sind gewaltig, das ganze Land diskutiert den Wandel, aber Hybrid-Fahrzeuge machen noch immer nur 2,5 Prozent der verkauften Autos aus; und erst 10 Prozent der Glühbirnen sind ausgetauscht. Ein Hobby? Eine Mode?

Ja, ja, „schon gut“, sagt Allen Hershkovitz. Er fragt dann selbst: „Reicht das Tempo, bewegen wir uns schnell genug?“ Er antwortet: „Nein, das tun wir nicht. Noch immer blasen wir an jedem Tag 17 Millionen Tonnen Treibhausgase in die Atmosphäre und steigern die Erderwärmung.“ Er hat dennoch recht: Wer acht Jahre oder mehr verschlafen hat, muss zunächst aufwachen und dann irgendwo beginnen. „Jeder kleine Schritt ist besser als keiner“, sagt Hershkovitz, „ich kann in diesen Zeiten niemanden entmutigen.“

Er sieht eine Bewegung am Werk, er träumt davon, dass das statisch gewordene Amerika seinen „groove“ wiederfindet, er wünscht sich eine „Explosion kreativer und unternehmerischer Energie“, und natürlich hofft er, wie so viele Fachleute, darauf, dass irgendwer irgendwo in Amerika bald das grüne Google, das Microsoft des Klimazeitalters erfindet und damit die Welt rettet. Darum müsse Washington dieser Flutwelle, die im Volk entstanden ist, nachfolgen, „der Kongress muss das Spielfeld einebnen“, sagt Hershkovitz.

Das ist einer der Kerne des Problems: Überfischung, Entwaldung und die Verbrennung fossiler Treibstoffe werden in Amerika subventioniert, und Lobbyisten sorgen dafür, dass das so bleibt, denn weil ständig irgendwo Wahlkampf ist, ist es inzwischen so gut wie unmöglich geworden, einmal genehmigte Subventionen wieder abzuschaffen. „Wäre es wünschenswert, die Kohlesubventionen zu stoppen? O ja. Wird es passieren? Ha, ha“, sagt Hershkovitz, „was wir also erreichen müssen, ist, dass Wind und Sonne die gleichen Subventionen erhalten.“

Es ist lange her, aber es gab in den USA mal eine Klimapolitik ohne Mauern zwischen den Mannschaften. Als 1973 die arabischen Staaten die Öllieferungen drosselten, verschärften die USA, zunächst unter Gerald Ford und dann unter Jimmy Carter, die Richtlinien für Fahrzeuge: 11,6 Kilometer hatte ein Auto pro Liter Kraftstoff zu schaffen, das bedeutete in zehn Jahren eine Verdopplung, und die Industrie schaffte die Vorgabe; der „Energy Policy and Conservation Act“ war nicht mal umstritten.

Dann kam Reagan.

Der Präsident Ronald Reagan senkte die Mindestleistung für Fahrzeuge wieder ab, strich alle Budgets für Projekte zur Förderung alternativer Energien zusammen, und die 32 Sonnenkollektoren, die Jimmy Carter 1979 aufs Weiße Haus hatte bauen lassen, ließ Reagan wieder abschrauben.

Es ging ihm um amerikanische Stärke. Wir lassen uns nicht stoppen. Wir sprengen alle Schranken. Das war die Botschaft.

Und politisch ging es darum, dass jeder staatliche Eingriff teuflisch, jede Regulierung an und für sich übel war – das war die Reagan-Lehre, die besonders für den Umweltschutz galt und bis heute nachwirkt, bei Republikanern ohnehin, aber auch bei Demokraten aus den Kohle- und Auto-Staaten. Eine Haltung ist daraus geworden, eine Religion. Ari Fleischer, Sprecher des Präsidenten George W. Bush, wurde mal gefragt, ob der Präsident glaube, die Amerikaner sollten aufgrund ihres grotesk hohen Energieverbrauchs ihre Lebensweise ändern. Fleischer sagte: „Ein eindeutiges Nein. Der Präsident ist der Ansicht, dass dies der American Way of Life ist und dass amerikanische Politiker sich das Ziel setzen sollten, diesen American Way of Life zu schützen.“

Der Kolumnist Thomas Friedman, einer derer, auf die Obama hört, nennt diese Haltung „Dumb as we wanna be“: „Wir sind Amerikaner, wir dürfen so dumm sein, wie wir wollen.“ Der einstige Wirtschaftsstaatssekretär David Rothkopf sagt: „Amerika zum grünsten Land der Welt zu machen ist kein Akt selbstloser Mildtätigkeit oder naiven Moralisierens. Es handelt sich um eine Kernfrage nationaler Sicherheit und wirtschaftlicher Interessen.“ Das Wort „Grün“ stehe nicht einfach für eine neue Form der Energieerzeugung, sondern für „eine neue Art der Erzeugung nationaler Kraft“.

Die Regierung Obama begann früh, schon vor dem Amtsantritt, mit der Arbeit, es schien damals, als wollte der Neue alles wegschaffen, was die Bush-Leute acht Jahre lang liegengelassen hatten. Die ersten Gespräche, inoffiziell und darum geheim und gefährlich, fanden zwischen Wahl und Amtseinführung in den Räumen des German Marshall Fund in Washington statt. Die Amerikaner sagten, sie wollten lernen, damit sie sofort beginnen könnten.

Bald zeigten sich erste Konflikte: Bis 2020 wollten sie auf den Stand der Emis-



sionen von 1990 zurückkehren, sagten die Amerikaner stolz, aber die Europäer sagten, das genüge nicht: 20 Prozent unter dem Wert von 1990, das müsse das Ziel sein. Ihr vergesst, dass wir ein höheres Wirtschaftswachstum mit höherem Energieverbrauch hatten als ihr, sagten die Amerikaner, unsere Reduktionen wären, absolut gesehen, deshalb größer als eure.

So ging das hin und her, ein bisschen bissig, aber humorvoll, auf der einen Seite saß Todd Stern, Umweltexperte im Obama-Team, auf der anderen der Deutsche Matthias Machnig, Staatssekretär im Umweltministerium. Der Amerikaner sagte, die EU würde ganz wunderbare Zahlen preisen, aber in jeder kleinen Wirtschaftskrise ihre Umweltziele einkassieren. Machnig lobte, dass nach „acht planierten Jahren, in denen die Bush-Leute alles auf Halten gestellt hatten“, Obama schon durch seinen Wahlkampf etwas vollbracht habe: Die Verknüpfung von Klima und Wirtschaft sei neu; dass die Grüne Revolution zur Grundlage wirtschaftlicher Sanierung werde, sei ein brillanter Gedanke. Dann, am 20. Januar 2009, kam der Machtwechsel.

Und der nun amtierende Sondergesandte Todd Stern flog zur Klimakonferenz in Bonn, es war März 2009, und er sagte Sätze, auf die die Welt gewartet hatte: Ja, der Klimawandel existiert. Ja, er findet jetzt statt. Ja, wir alle müssen jetzt gemeinsam handeln. Die Obama-Regierung werde tun, was gut und richtig sei.

Heute, neun Monate später, gelten Jonathan Pershing und Todd Stern, die Gesandten Obamas, bei ihren Kollegen von der EU noch immer als „fachlich gut“, doch „leider hatten sie nie eine Strategie“, so sagt es einer, der das ganze Spiel ganz gut beurteilen kann.

Es ist ein weiter Weg von Washington nach Erfurt in Thüringen, wo Matthias Machnig nun Wirtschaftsminister ist, aber der Weg lohnt, weil Machnig als Staatssekretär für den Umweltminister Sigmar Gabriel die Verhandlungen mit den Amerikanern vorbereitet und immer wieder auch geführt hat; er legt das Sakko ab, holt die Gauloises, er kann nun frei reden.

Machnig erzählt dann, dass die Obama-Amerikaner nicht den Clinton-Weg gehen wollten: „Bill Clinton hat 1997 dem Kyoto-Protokoll zugestimmt, fuhr nach Hause und bekam in den beiden Häusern des Kongresses keine Mehrheit. Obama will nur das versprechen, was er in Senat und Repräsentantenhaus durchbringen kann.“

Die Preisfrage: Was ist das?

Die Antwort: Noch immer kann das keiner vorhersagen.

Eine Reduktion der Treibhausgase um 17 Prozent bis 2020, im Vergleich zum Wert von 2005, steht in einem Gesetzentwurf des Abgeordneten Henry Waxman, der das Repräsentantenhaus bereits überstanden, aber den Senat noch vor sich hat. 17 Prozent sind nicht viel, 17 Prozent genügen

nicht, aber in 20 von 50 Bundesstaaten wird Kohle gefördert. Die sogenannten Dirty Democrats, Senatoren aus Industrieregionen wie Ohio oder Michigan, werden das Gesetz scheitern oder durchkommen lassen. „190 Länder der Welt wissen, es geht nicht ohne die Amerikaner, aber die Amerikaner wissen selbst nicht, was sie wann entscheiden können“, sagt Machnig.

Vier Punkte, das erzählte vor einigen Wochen ein Berater des Energieministers Steven Chu bei einem Becher Tee, seien der Kern aller Verhandlungen: „1. das mittelfristige Ziel, eine vielleicht 25- bis 40-prozentige Reduktion aller Emissionen bis 2030, um die Erderwärmung zwei Grad nicht übersteigen zu lassen; 2. ein langfristiges Ziel, sagen wir eine 80-prozentige Reduktion bis 2050; 3. die Finanzierung der in den Entwicklungsländern nötigen Technologie; und 4. die Governance-Frage, also die Frage, wer das Geld verteilt und verwaltet, die Weltbank, die Regierungen, wer bekommt das Geld in die Hand?“





FOTOS: KLAUS BRINKBÄUMER/DER SPIEGEL

Umweltschützer Flanagan, Kiser
Die anderen sind aus Prinzip anderer Meinung

Weil alles mit allem zusammenhängt, geht niemand erste Schritte, festgefahren ist der Kopenhagen-Prozess, „deadlock“ heißt das in Amerika. „Es ist wie im Leben“, sagt Machnig, „die heißen Kartoffeln werden hin und her geschoben.“

Niemand aus dem Weißen Haus oder dem Energieministerium erläutert in diesen angespannten Wochen mit vollem Namen die amerikanische Position, möglich sind Hintergrundgespräche. Eine Dame, die es wissen müsste, sagt: „Ein juristisch eindeutiges Abkommen wird es in Kopenhagen nicht geben, das ist seit Monaten klar. Dafür ist es zu spät. Was es aber geben kann, ist ein politisches Abkommen, mit klaren Daten und Eckpunkten, 10, 20 Seiten, ein eindeutiger Text – und dann ist die Frage, wie es weitergeht.“

Das ideale Szenario: Kopenhagen II, das juristische Werk, folgt dem politischen Text; unterschrieben wird es im März und im April in Amerika ratifiziert.

Das ist das Zeitfenster, wie es in der politischen Welt heißt, danach schließt es sich, weil im November gewählt wird, es sind „Midterm Elections“, bei denen nach zwei Jahren einer Präsidentschaft normalerweise die Regierungspartei verliert. Ab Mai „kann Obama das Thema Klima nicht mehr anfassen“, sagt Matthias Machnig.

Die Druckmittel allerdings, politisch „Hebel“ genannt, sind bekannt: Es geht um den Ruf des Präsidenten; die Europäer und die Chinesen verhandeln auch das Klima längst in sogenannten bilateralen Gesprächen, das mögen sie in Washington nicht; und dass Energie- und Ressourcenkosten schon in wenigen Jahren Standortvor- und -nachteil sein werden, hat Steven Chu neulich einer still staunenden Runde im Weißen Haus erklärt.

Der Präsident meine es ernst, er habe das Thema verstanden, sagen die Fachleute, die ihn umgeben. Mit seinem Konjunkturpaket lenkte er 80 Milliarden Dollar in grüne Forschung oder die Isolierung von Gebäuden. Falls er mit seinem Klimagesetz nicht durchkommt, möchte Obama ein Energiegesetz nachlegen: Dann ginge es um scharfe Richtlinien für Haushaltsgeräte oder Abgasvorgaben für Kraftwerke.

Zum politischen Klima in den zwei Amerikas gehört die ständige Pflicht zu Kommentierung und Zuspitzung; es ist eine hysterisierte Debatte, Gelassenheit ist abgeschafft. Zwei, die sich da stellvertretend bekämpfen, sind der konservative Kolumnist Charles Krauthammer und der liberale Kollege Thomas Friedman, sie leben und arbeiten wenige Kilometer voneinander entfernt, sie führen Krieg, bewaffnet mit Computern, sie begegnen sich nie.

Charles Krauthammer wird vom linken Amerika gehasst wie der Radiomoderator Rush Limbaugh. Krauthammer ist gelähmt, seit er während seines Medizinstudiums beim Sprung in einen Pool mit dem Kopf auf den Grund schlug; er sitzt im Rollstuhl und sagt: „Vielleicht glauben Sie ja, dass es einen Konsens gibt und dass das Thema Klima geklärt ist, aber das stimmt nicht. Es gibt keinen Konsens, auch wenn ich persönlich durchaus glaube, dass eine von Menschen verursachte globale Erwärmung existiert. Man kann ja nicht endlos CO_2 in die Atmosphäre pumpen, ohne dass es zu einer Reaktion kommt.“

Er macht eine Pause, rollt durch sein Büro. Das Problem sei, sagt er dann, dass gute, glaubwürdige Wissenschaftler den Klimawandel noch immer anzweifelten, und vor allem seien die Kosten eines Einschreitens niederschmetternd: „Es würde den kompletten Wandel der Industriegesellschaft bedeuten. Es ist unpraktisch.“

Es ist tropisch heiß in Krauthammers Eckbüro in Washington D. C., amerikanisch





DAVID MCNEW / GETTY IMAGES

Raffinerie bei Los Angeles: *„Wollen wir Energie, dann bekommen wir Verschmutzung“*

überhitzt, es gibt hier mehrere Schachbretter und dazu martialische Figuren, darüber hängen Fotos von George W. Bush. Atomstrom sei die einzig denkbare Lösung, sagt Krauthammer, „nicht die finale Antwort, weil es wiederum Abfälle gibt, aber wir haben nur diese Wahl: Es gibt kein kostenloses Mittagessen. Wollen wir eine Industriegesellschaft, dann brauchen wir Energie. Wollen wir Energie, dann bekommen wir Verschmutzung. Wir können das Gift auf zwei Arten haben: Entweder schicken wir es in die Atmosphäre, wo wir es nicht mehr wegbekommen und mutmaßlich den Planeten zerstören, oder wir produzieren Atommüll, den wir immerhin in die Berge stecken können“.

Windenergie hingegen … schon das Wort bringt Krauthammer zum Lachen. „Zum selben Preis wie Kohle? Das ist absurd. Diese ganze apokalyptische Diskussion muss aufhören, wir brauchen eine Versachlichung.“ Und ein Klimagesetz? „Das wird es nicht geben. Obama wird sein politisches Kapital in der Gesundheitsreform aufbrauchen. Die wird er durchbringen, aber dann bleiben kein Spielraum und keine Zeit für ein Klimagesetz.“

Er will so ein Gesetz ohnehin nicht, natürlich nicht. Weil er Republikaner ist. Weil sich seine Mannschaft festgelegt hat. Weil ein Gesetz den Emissionshandel nach sich zöge, „eine verlogene Gesetzgebung“, sagt Krauthammer, denn der Emissionshandel „ist in Wahrheit eine riesige Energiesteuer. Aber das hier ist Amerika. Wir wollen keine Steuern“.

Natürlich brauche es eine Energiesteuer, es brauche ja eine Steuerung durch die Politik, einen kulturellen Wandel, es brauche ein anderes Amerika. Das sagt die andere Mannschaft, der Feind, der Gegner, Thomas Friedman sagt das, ein selbstbewusster Mann in T-Shirt und Sakko, mit Schnauzbart, der in der 17. Straße in Washington sitzt und schreibt, wenn er nicht gerade um die Welt reist, durch all die Länder, die flotter, kreativer, entschlossener sind als die USA.

Wenn Krauthammer für ein Amerika der Las-Vegas-Art steht, ist Friedman Berkeley. Und was sich in den USA verändert hat, zeigt sich durch Einladungen: Krauthammer wurde von Bush zum Dinner gebeten, Friedman spielt Golf mit Obama.

Thomas Friedman sagt, Amerika nutze seine Chancen nicht, Amerika verstehe nicht, dass die Nachkriegszeit und auch die Zeit nach dem Kalten Krieg vorbei seien, „jetzt stehen wir vor einer neuen Zeit, dem Klima-Energie-Zeitalter“.

Fünf wesentliche Schwierigkeiten bedrohten eine heiße, vernetzte, überbevölkerte Welt, so sagt es Friedman: eine „wachsende Nachfrage nach knapper Energie“, ein „extremer Transfer von Reichtümern hin zu den Ölstaaten“, der „verheerende Klimawandel“, eine neue „Armut der Energiehabenichtse“ und ein „Massensterben der Arten“.

Er sieht Ingenieure und Denker am Werk, überall im Land, sagt Friedman, aber der politischen Führung gelinge es nicht, Stimmung und Grundlagen für einen Wandel zu schaffen. Ideen und Stimulierung „ohne Gesetze und Standards“ würden bedeuten, dass Umweltschutz gesellschaftliches Spiel ohne Wucht und Kraft bleibe, eine Party: „Die saubere Energie aus dem Himmel, Wind und Sonne, muss billiger gemacht werden als der dreckige Treibstoff der Hölle, Kohle, Gas und Öl“, es sei der einzige Weg.

Politische Kraft braucht es dafür, Mut auch, „Obama rollt einen riesigen Schneeball einen Berg hinauf“, das hat Amy Kiser in Berkeley gesagt.

Der Friedensnobelpreisträger will in Kopenhagen seine Rechnung erläutern. Eine von Europa gewünschte Reduktion um 25 bis 40 Prozent im Vergleich zu 1990 können die Amerikaner bis 2020 nicht mehr schaffen, sie liegen ja bereits um 17 Prozent über den Werten von 1990.

Was aber können sie tun? Sanfte Einschnitte bis 2020, stärkere danach, das wäre ein Ausweg, das ist das, was Obama vorschlagen will: Er möchte die hohen Werte von 2005 als amerikanischen Maßstab festlegen und die Emissionen bis 2020 um 17 Prozent und bis 2050 um 83 Prozent reduzieren.

Kein anderes weltumspannendes Thema ist so gut erforscht und dokumentiert, keines so dringlich wie der Klimawandel – scheitert Obamas Klimapolitik, dann sei die von den USA und von Obama geführte Welt gescheitert, „es wäre die fundamentale Krise der Staatengemeinschaft“, sagt einer aus dem Weißen Haus.

Matthias Machnig, der Deutsche, ist all diese Konferenzen und die schönen Worte der eleganten Amerikaner und ihrer Gegner inzwischen leid, „diese ganzen stilistischen Übungen, die lyrischen Bereinigungen“ auf Tagungen, bei denen „hinter jeden Satz eine Klammer gesetzt wird, weil niemand ein echtes Mandat hat“.

Die Welt, sagt Matthias Machnig schließlich, warte noch immer auf diesen Barack Obama, auf sein großes, gieriges, maßloses Land, „denn solange selbst der Chef nicht weiß, was er eigentlich wollen kann, gucken sich alle anderen ratlos an“.

Im nächsten Heft:
KLIMASERIE (4)
Die Umweltstrategie Chinas